



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 4./5. April 2015

70. Jahrgang/Nr. 79 Bundesausgabe 2,00 € www.neues-deutschland.de

Foto: Ulrich Burchert

## Kein Vergeben, kein Vergessen?

Niemals – damit sich der Schrecken nicht wiederholt. Aber manchmal eben doch. Über die Macht der Menschlichkeit, die in der Vergabung liegt, Armut, die ihr manchmal im Wege steht, und den überschätzten freien Willen. **Seiten 17 bis 28**

## STANDPUNKT Hoffentlich historisch

Fabian Köhler zur Einigung im Atomstreit mit Iran

Es gibt nicht viele Tage, die im Mittleren Osten im positiven Sinne Geschichte schrieben. Mit dem 2. April 2015, dem Tag der Einigung des Westens mit Iran über das Atomprogramm der Islamischen Republik, könnte einer hinzukommen.

Ja, Skepsis ist angebracht. Viel davon! Noch sind es nicht mehr als sieben Unterschriften auf einem Stück Papier. Noch ist in Iran keine einzige Zentrifuge demonstriert, noch längst keine Sanktion im US-Senat zurückgenommen. Und dennoch geht von Lausanne ein wichtiges Signal aus. Gerade weil es in dem Atomstreit um viel mehr ging als die Frage, ob der Westen einem Staat ein eigentlich selbstverständliches Recht gewähren soll: das Recht auf die friedliche Nutzung von Atomkraft. Und um viel mehr als die selbstverständliche Verhinderung eines Strebens, das leider für viele Staaten immer noch selbstverständlich ist: das Streben nach Atomwaffen.

Es ist ein Signal für die Entwicklung einer Region, in der »historisch« lange nur als Attribut für das Ausmaß von Vertreibungen, Massakern, Fanatismus und westliche Bigotterie taugte. Ein Signal zum Abbau von Sanktionen, unter denen – wie so oft – nicht die Mächtigen, sondern die einfachen Menschen litten.

Was das Abkommen wert ist, wird sich in den nächsten Monaten und Jahren zeigen. Für den Moment ist der 2. April 2015 aber historisch. Allein deshalb, weil er Grund zu etwas gibt, das in der Region viel zu lange ein Fremdwort zu sein schien: Optimismus.

## UNTEN LINKS

Endlich ist das Warten vorbei. **Helmut Kohl** feierte seinen 85. Deutschland scheute keine Mühen, dieses Ereignis in ein Umfeld zu betten, das Gewicht und Würde des Exkanzlers entspricht. Leider scheiterte die Idee, Weihnachten auf den hehren Termin zu ziehen, am Einspruch des Vatikans. So musste sich der Jubilar mit dem Karfreitag begnügen, den es immerhin im Doppelpack mit einer veritablen Auferstehung gibt. Bereits am Sonntag vor Kohls Jubiläum wurden die Uhren europaweit eine ganze Stunde vorgestellt, um allen Bewohnern des Kontinents die Zeit bis zu dem großen Tag zu verkürzen. Schon zu Kohls 80. war festgelegt, pardon, festgestellt worden, dass der Rhein rund 90 Kilometer kürzer ist als bis dato angenommen und alle freuten sich, dass bis zum nächsten Jubiläum nun nicht mehr so viel Wasser den Rhein hinabfließt. Es gibt sogar Pläne, Ostern generell auf den Sonntag nach Kohls Geburtstag zu legen. Der Osterhase will das Problem jetzt aussitzen. *ibo*

# Teheran reichert Freude an

## Einigung im Atomstreit lässt Iraner auf Ende der Sanktionen hoffen



Auf der großen Vali-Asr-Straße im Norden Teherans schlugen die Wogen der Begeisterung hoch.

Foto: dpa/Abedin Taherkenareh

Berlin. Als die Nachricht von der Einigung im Atomstreit in Teheran die Runde machte, strömten Menschenmassen auf die Straßen, um ihrer Freude Ausdruck zu geben. Für die Iraner bietet die Einigung in Lausanne die Hoffnung auf eine Aufhebung der Sanktionen und ein Ende der Isolation ihres Landes.

»Lösungen gefunden. Bereit, sofort mit der Ausarbeitung zu beginnen«, hatte Außenminister Mohammed Dschawad Sarif am Donnerstag getwittert. Wenig später trat er in Lausanne zusammen mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini vor die Presse, um die Einzelheiten der Rahmenvereinbarung zu

erklären. Am Abend wandte sich in Washington US-Präsident Barack Obama an die Nation, wobei die Ansprache in einem seltenen Schritt live im iranischen Staatsfernsehen übertragen wurde.

Beobachter werteten den Durchbruch als wichtigen Erfolg für den moderaten iranischen Präsidenten Hassan Ruhani und seinen Außenminister Sarif. Zugleich betonten die Experten, dass die Verhandlungen sowie die Vereinbarung von Lausanne nicht ohne die Zustimmung des konservativen geistlichen Oberhaupt Ayatollah Ali Chamenei möglich gewesen wären, der in Fragen der Außenpo-

litik das letzte Wort hat. Die Eckpunkte, die am Donnerstagabend nach tage- und nächtelangen Verhandlungen zwischen Iran und der Gruppe der fünf UN-Vetomächte und Deutschland im schweizerischen Lausanne vereinbart wurden, sehen weitreichende und langfristige Einschnitte beim iranischen Atomprogramm vor. Im Gegenzug sollen die von UNO, USA und EU verhängten Sanktionen schrittweise aufgehoben werden.

Zugleich stellten die Verhandlungspartner aber klar, dass die Sanktionen sofort wieder in Kraft treten können, sollte Iran gegen die Regeln verstoßen. *Agenturen/nd* Seite 7

# Massaker an Studenten in Kenia

## Islamistische Terrormiliz aus Somalia überfiel Universität in Garissa und tötete 147 Menschen

Es ist einer der schwersten Angriffe, die Kenia je erlebt hat: **Mindestens 147 Menschen wurden bei einer Geiselnahme an einer Universität getötet.**

Garissa. Schock und Verzweiflung bei den Familien der 147 Toten, Kampfansagen von Kenias Regierung an die Islamisten: Am Tag nach dem Massaker der somalischen Shabaab-Miliz an einer Universität in Garissa hat das ostafrikanische Land gegen das Entsetzen angekämpft. Auf dem Campus spielten sich erschütternde Szenen ab, als Väter und Mütter ihre getöteten Kinder identifizierten.

Vier Kämpfer der Shabaab-Miliz aus Somalia waren am Donnerstag vor Morgengrauen in die Hochschule gestürzt. Erst tötete sie mit Handgranaten und Maschinenpistolen Dutzende Studenten, dann nahmen sie viele weitere als Geiseln, um sie später umzubringen. Insgesamt gab

es 147 Todesopfer und 79 Verletzte. Bei der Erstürmung durch Soldaten am Abend töteten sich die Extremisten durch das Zünden von Sprengstoffwesten selbst.

»Mein Sohn war unter den gefangenen Studenten, seit gestern habe ich keine Nachricht von ihm«, sagte Habel Mutinda, ein älterer Mann, während ihm Tränen über das Gesicht liefen. »Ich habe ihn unter den Leichen gesucht, um ihn zu identifizieren. Es muss in der Hitze schnell gehen. Es ist schlimm.«

Innenminister Joseph Nkaisery begab sich an den Ort des Massakers. »Kenias Regierung wird sich von den Terroristen nicht einschüchtern lassen, die mit der Ermordung unschuldiger Menschen die Regierung demütigen wollen«, sagte er. »Ich bin zuversichtlich, dass wir diesen Kampf gegen unsere Feinde gewinnen.«

Die Shabaab-Miliz wollte mit dem Massaker – dem schwersten

Anschlag in Kenia seit 17 Jahren – den Abzug der kenianischen Truppen aus Somalia erzwingen. Überlebende schilderten, wie die Geiselnahmer die Studenten

»Ein gezielter Angriff auf die Zukunft eines Landes«

Inna Bokova, UNESCO-Generaldirektorin

zwangen, ihre Eltern anzurufen, damit diese ihre Forderung an die Regierung richteten. Nach den Anrufen erschossen sie ihre Opfer. Die meisten Opfer sind christliche Studenten; muslimische Hochschüler ließen die Angreifer nach eigenen Angaben flüchten. Papst Franziskus ließ am Karfreitag ein Telegramm an den Präsidenten der kenianischen Bi-

schöpfungskonferenz, Kardinal John Njue, schicken. Er bete für die Angehörigen und sei im Geiste bei ihnen, hieß es darin. Er verurteilte »die sinnlose Brutalität« und betete auch für einen Gesinnungswandel der Täter.

Ein Shabaab-Sprecher hatte die Beteiligung Kenias an einer internationalen Friedensstruppe in Somalia am Donnerstag als Grund für den Angriff genannt. »Kenia führt Krieg mit Somalia«, sagte Ali Mohamud Rage.

Seit 2011 verüben Shabaab-Extremisten immer wieder Anschläge in Kenia. Die mit dem Al-Qaida-Netzwerk verbundene Miliz bekannte sich unter anderem zum Angriff auf ein Einkaufszentrum in Nairobi mit 67 Toten im September 2013.

Im August des Jahres 1998 war die US-amerikanische Botschaft in Nairobi Ziel eines Anschlags des Terrornetzwerks Al Qaida geworden, bei dem 213 Menschen getötet wurden. *Agenturen/nd*

## Ostermarschierer prangern Kriege und Waffenexporte an

Über 80 Veranstaltungen bis Montag

Berlin. Zum Auftakt der Ostermärsche haben am Karfreitag in Deutschland Hunderte Menschen gegen Krieg, Rüstungsexporte und Atomwaffen demonstriert. Vor dem Haupttor der Uranfabrik Urenco im nordrhein-westfälischen Gronau forderten rund 350 Demonstranten die sofortige Stilllegung und ein Ende der Uran-Anreicherung. In Bruchköbel im Main-Kinzig-Kreis protestierten mehr als 100 Menschen gegen den Militärkonflikt in der Ukraine und die Entscheidung von Bundeswehrsoldaten zu Krisenherden im Ausland. Ein gutes Dutzend Friedensaktivisten protestierte mit einem Gottesdienst vor den Toren des Fliegerhorstes Büchel im Kreis Cochem-Zell gegen Atomwaffen. Der Fliegerhorst gilt als einziger Standort in Deutschland, an dem US-Atomwaffen lagern.

Bis Ostermontag werden in Deutschland voraussichtlich Tausende Menschen bei rund 80 Veranstaltungen und Aktionen für eine Welt ohne Krieg auf die Straße gehen. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach Abzug aller Bundeswehrseinheiten aus Auslandseinsätzen, nach einem Stopp von Rüstungsexporten und nach Beendigung jeglicher Kriegshandlungen. Entschieden abgelehnt wird der Einsatz von Drohnen. Zudem fordern die Friedensinitiativen die NATO-Staaten und Russland im Ukraine-Konflikt zu Deeskalation und Kooperation auf.

Die Ostermarschbewegung hat ihre Wurzeln im Protest gegen das atomare Wettrüsten während des Kalten Krieges. *dpa/nd*

## Athen versichert: »Geld reicht aus«

Griechischer Finanzminister sagt zu, Zahlungsverpflichtungen einzuhalten

Athen. Griechenland wehrt sich gegen Spekulationen, wonach die Zahlungsunfähigkeit unmittelbar bevorsteht. Der Staat könne seinen anstehenden Zahlungsverpflichtungen nachkommen, sagte der Vize-Finanzminister Dimitris Mardas am Freitag. »So wie es derzeit aussieht, werden wir das zahlen, was wir zahlen müssen. Nach den Daten, die uns vorliegen, reicht das Geld aus.« Athen hatte bereits am Vortag Berichte dementiert, wonach dem griechischen Staat am 9. April das Geld ausgehen werde. Griechenland muss dann rund 450 Millionen Euro an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückzahlen.

Die Verhandlungen über die Beendigung des Kreditprogramms zwischen Griechenland und den Gläubigern kamen zuletzt nicht voran, obwohl Einzelheiten zur von den EU-Institutionen verlangten Liste mit Reformplänen der SYRIZA-geführten Regierung bekannt wurden. Die EU-Finanzstaatssekretäre werden am Mittwoch wieder zusammenkommen. Bis Mitte April werden laut »Spiegel« die Gespräche Athens mit dem IWF ruhen, angeblich weil mit den Griechen nicht verhandelt werden könne. Nikos Theodorakis, Generalsekretär im Finanzministerium, erwiderte darauf, dies liege daran, dass die Troika-Beamten »völlig inkompetent« seien.

Allianz-Chefvolkswirt Michael Heise sieht derzeit mit Blick auf die Reformliste gute Chancen für eine Lösung. »Da steht vieles auf dem Papier, was in die richtige Richtung geht. Wichtig ist, dass es jetzt an die Umsetzung geht.« *Agenturen/nd* Seite 6

ISSN 0323-3375



Das nächste »nd«  
erscheint Dienstag

Wegen des Osterwochenendes  
bleibt der Montag nd-frei. Wir  
wünschen einen schönen Feiertag!